



### Presseschau vom 20.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Assads Beraterin Shaaban lobt Engagement russisch-syrisch-iranischer Koalition

Bouthaina Shaaban, Beraterin von Syriens Präsident Baschar al-Assad, hat das Engagement der russisch-syrisch-iranischen Koalition gelobt. „Ihre Aktivitäten haben zum Ziel, die Einheit der Völker zu erhalten“, sagte Shaaban dem russischen Fernsehsender RT.

„Die Koalition schützt die Souveränität von Staaten und die Rechte der Völker auf eine sichere und friedliche Existenz. Zugleich sehen wir, dass die US-geführte sogenannte internationale Anti-Terror-Koalition in Wirklichkeit den Terrorismus in Syrien nach Kräften fördert“, sagte die Beraterin.

Dank der politischen und militärischen Unterstützung durch den russischen Präsidenten, das russische Volk und die russische Regierung habe das Leben Tausender in Syrien gerettet werden können, betonte sie.

Zuvor hatte Shaaban erklärt, dass die „Aggression der USA gegen Syrien den Sieg über den Terrorismus hinauschieben könnte“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31961/91/319619189.jpg>

de.sputniknews.com: Migration legt Arbeitsmarkt in der Ukraine beinahe lahm

Der Arbeitsmarkt in der Ukraine schrumpft rapide infolge der massenhaften Migration der erwerbsfähigen Bevölkerung. Zu diesem Schluss gelangte die Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg, wie das russische Internetportal lenta.ru am Montag berichtete.

Der stärkste Abfluss der Arbeitskräfte aus der Ex-Sowjetrepublik werde seit 2015 registriert. Bloomberg zufolge setzten sich 507.000 Bürger 2015 bis 2017 in Polen ab. 343.000 reisten im Berichtszeitraum nach Russland, 127.000 nach Tschechien und 22.000 nach Weißrussland aus.

Den Massensexodus der Arbeitskräfte führen Bloomberg-Experten vor allem auf das starke Lohngefälle in der Ukraine und anderen Ländern zurück. Besonders krass wurde dieser Unterschied nach dem Sturz der Griwna in den Jahren 2014 und 2015. So beträgt der durchschnittliche Lohn in der Ukraine umgerechnet rund 250 US-Dollar, während er im benachbarten Polen bei etwa 1.000 Dollar und in Russland bei knapp 670 Dollar liegt. Mehrere Unternehmen in der Ukraine meldeten derzeit viele vakante Stellen. Der Mangel an Arbeitskräfte sei einer der Gründe für ein schwaches Wirtschaftswachstum, das sich vier Quartale in Folge verlangsamt habe, hieß es.

de.sputniknews.com: Ukraine gründet Bündnis mit Türkei und Aserbaidshan

Die Ukraine, die Türkei und Aserbaidshan wollen ein neues Bündnis ins Leben rufen. Das teilte der aserbaidshanische Botschafter in der Ukraine, Aser Chudijew, in Kiew mit, wie das russische Internetportal lenta.ru am Montag unter Berufung auf die aserbaidshanische Nachrichtenagentur Azertag berichtete.

Die ersten Verhandlungen über die Gründung des Handelsbündnisses sind zum 6. März nach Baku einberufen. Die Gespräche finden auf der Ebene von Vizeaußenministern statt. Von der Ukraine nimmt daran Wassili Bondar, von der Türkei Ümit Yalçın und von Aserbaidshan Chalaf Chalafov teil.

„Das neue Format führt ein weiteres Mal vor Augen, dass die Realisierung regionaler und internationaler Projekte ohne Aserbaidshan undenkbar wäre“, sagte der Botschafter. Auf der Tagesordnung der Gespräche stehen Lage und Perspektiven der Entwicklung der

Partnerschaft in Politik, Wirtschaft, Energie und in humanitärem Bereich sowie gemeinsame Aktivitäten auf der Ebene internationaler Organisationen. Viel Raum werden dabei Probleme der Gütertransporte und der Lieferung von Energieträgern aus den Einzugsgebieten des Schwarzen und des Kaspischen Meeres einnehmen.

### Vormittags:

mil-Info: In den letzten 24 Stunden wurden **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

armyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **elfmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **neun Ortschaften der Republik** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

ukrinform.ua: Klimkin über UN-Friedensmission im Donbass

Nach der Annahme einer politischen Entscheidung über die UN-Friedensmission im Osten der Ukraine werde ihre Stationierung mindestens 6 bis 10 Monaten dauern, sagte in einer ukrainischen TV-Sendung der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Ihm zufolge soll dieser Prozess in mehreren Etappen erfolgen.

„Es ist wichtig, dass das so geschieht, dass Russland das in irgendeiner Etappe nicht einfrieren und für den Druck auf uns und den Westen nicht verwenden könnte...“, betonte der Außenminister.

Des Weiteren stellte er fest, dass die Stationierung der Friedensmission im Donbass erst nach dem Abzug der russischen Truppen aus den vorübergehend besetzten Gebieten im Osten der Ukraine beginnen kann.

„Jede andere Option bedeutet eine Einfrierung. Und eine Einfrierung ist eine Situation, die jeden Moment explodieren kann, und Russland wird das natürlich ausnutzen“, sagte der ukrainische Diplomat.

de.sputniknews.com: Donbass-Krieg: Schweden erwägt Truppenentsendung

Schweden ist laut Verteidigungsminister Peter Hultqvist bereit, eigene Truppen in das ostukrainische Kriegsgebiet Donbass zu entsenden, um die mögliche Blauhelmission der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Nach der Münchener Sicherheitskonferenz habe der Minister ein vorläufiges Signal für die Entsendung von Soldaten in die Ukraine gegeben, betitelt der schwedische Hörfunk Sveriges Radio ein Interview mit Hultqvist.

Auf die Frage, ob schwedische Soldaten an der russischen Grenze operieren würden, sagte der Minister, es sei noch nicht bekannt, wie der Friedenseinsatz aussehen werde, er wolle daher „keine Vermutungen anstellen“. Hultqvist räumte jedoch ein, dass es sich um eine "schwierige Aufgabe" handelt.

Russlands Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor angeregt, UN-Friedenssoldaten im Konfliktgebiet zu stationieren, um so die Sicherheit der dort bereits seit Jahren eingesetzten OSZE-Beobachter zu gewährleisten. Die ukrainische Regierung erklärte, sie werde eine UN-Mission nur mittragen, wenn die Blauhelme im ganzen Donbass bis zur russischen Grenze stationiert sein sollen....



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31962/10/319621022.jpg>

ukrinform.ua: Heute ist der Tag der „Himmlischen Hundertschaft“.

Die Ukraine gedenkt am Tag der „Himmlischen Hundertschaft“ der Helden des Maidan. Der Präsident der Ukraine erklärte mit seinem Erlass vom 11. Februar 2015 den 20. Februar zum Gedenktag der „Himmlischen Hundertschaft.“

Gerade an diesen Tagen vor vier Jahren erreichten Auseinandersetzungen während Revolution der Würde zwischen dem ukrainischen Volk und dem damaligen Regime einen Höhepunkt.

Am 20. Februar sind die meisten Maidan-Aktivisten ums Leben gekommen. Am 21. Februar wurden die getöteten Aktivisten rechtlich als Opfer anerkannt. Am gleichen Tag fand auf dem Maidan eine Trauerfeier für die Opfer statt. In den Reden bei der Trauerfeier wurden die Opfer die „Himmlische Hundertschaft“ genannt.

Auf der ersten Stelle der Liste der Todesopfer der „Himmlischen Hundertschaft“ stehen Aktivisten Sergej Nikojan und Michail Schisnewski, die am 22. Januar 2014 ums Leben kamen. Am diesem Tag wurde in einem Wald nahe Kiew auch die Leiche des Aktivisten Juri Werbyzkyi entdeckt. Bis zum 18. Februar 2014 gab es schon neun Opfer. Vom 18. bis zum 20. Februar sind auf dem Maidan 78 Menschen, nach dem 20. Februar weitere 20 gestorben. Unter den Opfern sind, neben den Ukrainern auch Weißrussen, Armenier und Georgier. 104 Helden der „Himmlischen Hundertschaft“ wurden posthum mit dem Titel „Held der Ukraine“ ausgezeichnet. Die Staatsangehörigen Weißrusslands, Mjchail Schisnewski, und Georgiens, Surab Churzia und David Kipiani, wurden posthum mit dem Orden der Himmlischen Hundertschaft“ ausgezeichnet.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 11.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka), Donezk (Abakumow-Bergwerk, Trudowskije, Staromichajlowka, Alexandrowka), Dokutschajewsk, Nowolaspa, Kominternowo, Sachanka.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 214. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 43.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

ukrinform.ua: Ukraine schließt Teilnahme Weißrusslands an UN-Friedensmission in Ostukraine aus

Weißrussland kann an einer möglichen Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ostukraine nicht teilnehmen, weil das Land Mitglied des Militärbündnisses OVKS (die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) ist. Das erklärte die stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Olena Zerkal, berichtet der TV-Sender „112 Ukraine“.

„Soviel ich weiß, ist Weißrussland aus der OVKS nicht ausgetreten ist und ist Mitglied dieser Organisation. Und wenn wir die Nato ausschließen, ist es logisch, dass wir nicht davon sprechen werden, dass sich die OVKS-Länder an der Mission beteiligen“, sagte Zerkal. Der weißrussische Außenminister Wladimir Makei hatte zuvor erklärt, dass sein Land bereit ist, Blauhelmsoldaten in den Donbass zu entsenden.

Mitgliedsstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sind Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan.

de.sputniknews.com: „Er hätte allen den Garaus gemacht“ – Lukaschenko will IOC „wachrütteln“

Weißrusslands Präsident, Alexander Lukaschenko, ist empört, dass der weißrussische Freestyle-Skifahrer und Olympiasieger von Sotschi, Anton Kuschnir, sich bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang nicht einmal für das Finale qualifiziert hat. Lukaschenko will jetzt das Internationale Olympische Komitee „wachrütteln“.

Für den angeblich fehlerfreien Auftritt im Qualifikationskampf bekam der Sportler nicht genug Punkte, um in der Disziplin Freestyle-Skiing im Finale wettzueifern. Der Präsident bezeichnete das als „ungerecht“ und warf den aus Russland, der Schweiz und China stammenden Schiedsrichtern Voreingenommenheit vor. Sie hätten den „wichtigsten Konkurrenten“ beseitigen wollen, äußerte Lukaschenko während der Stimmabgabe bei lokalen Wahlen am Sonntag.

„Kuschnir springt ohne Fehler. Er ist ein Mann aus Stahlbeton. Ihnen (den Richtern – Anm. d. Red.) wurde klar, dass er kein einfacher Finale-Teilnehmer ist, sondern erneut bei den Olympischen Spielen siegen könnte“, wettete Lukaschenko am Montag. „Sie haben verstanden: Wenn Anton ins Finale zugelassen worden wäre, hätte er allen den Garaus gemacht“.

Lukaschenko, der auch an der Spitze des Nationalen Olympisches Komitee (NOK) Weißrusslands steht, schickte ein Telegramm an den IOC-Chef Thomas Bach. Darin habe er „in sanften Worten alles geäußert, was er dachte“.

„Ich sollte sie (die IOC-Sitzungen – Anm. d. Red.) in der nächsten Zeit besuchen, um dieses verschlafene Königtum ein bisschen wachzurütteln“, meinte der Präsident.

Am Sonntag hatte der Ukrainer Alexander Abramenko im olympischen Freestyle-Skiing-Finale gesiegt. Der Chinese Zongyang Jia und der Russe Ilja Burow holten Silber

beziehungsweise Bronze.

Das Internationale Olympische Komitee hatte im Dezember 2017 Dopingmissbrauch in Russland als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen. Die wenigen russischen Athleten, die in Pyeongchang starten dürfen, treten unter neutraler Flagge an.

Dan-news.info: „Gestern Abend gegen 21:00 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte **Kominternowo** beschossen. Dabei wurden in der Ortschaft zwei Wohnhäuser in der Kirow-Straße 86 und der Pobeda-Straße 19 beschädigt“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

Er fügte hinzu, dass es keine Toten und Verletzten in der Folge des Beschusses gibt. Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Nach Olympia-Debakel: US-Journalist fordert Bann für russischen Eishockeyspieler

Nach der bitteren Niederlage der amerikanischen Mannschaft gegen Russland hat ein US-Journalist auf einer Pressekonferenz des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Berichten zufolge die Rechtmäßigkeit der Beteiligung des russischen Eishockeyspielers Wjatscheslaw Wojnow an den Olympischen Winterspielen in Südkorea in Frage gestellt. „Was sagen Sie dazu, dass der OAR-Spieler (Olympische Athleten aus Russland – Anm. der Red.) Wojnow hier ist und in Pyeongchang auftritt, obwohl ihm häusliche Gewalt nachgewiesen wurde“, fragte ein Vertreter des Nachrichtenportals US Today den IOC-Sprecher Mark Adams nach Angaben der Onlinezeitung Gazeta.ru.

„Ich habe keine Angaben zu dem Fall. Das muss die Föderation entscheiden“, antwortete Adams.

Die National Hockey League hatte Wojnow wegen Gewalt gegenüber seiner Frau gesperrt, weswegen der Sportler 2015 nach Russland zurückkehren musste. Wegen der Sperre durfte Wojnow auch nicht an dem World Cup of Hockey 2016 in Toronto teilnehmen.

In einem Olympia-Vorrundenspiel besiegte Russland die US-Eishockeymannschaft im südkoreanischen Pyeongchang am Samstag mit beeindruckenden vier zu null...

Dan-news.info: „In den sozialen Netzwerken und in ukrainischen Massenmedien wird ein **gefälschter Erlass des Oberhaupts der DVR** Nr. 58 über ein dreimonatiges Verbot für Bürger der DVR, beginnend ab dem 1. März, auf das Territorium der Ukraine zu reisen, verbreitet. Wir erklären offiziell, dass dieser Erlass eine Fälschung ist und der Destabilisierung der Situation in unserem Staat dienen soll“, erklärte die Administration des Oberhaupts der DVR.

Es wurde daran erinnert, dass Sachartschenko zuvor den Erlass Nr. 363 unterzeichnet hat, der tatsächlich die Ausreise auf das Territorium der Ukraine beschränkt, aber das betrifft nur einige Kategorien von Bürgern, vor allem Funktionsträger der Staatsorgane, der Staatsanwaltschaft, der Polizei, Soldaten. Dieses Dokument ist auf der offiziellen Seite der DVR veröffentlicht.

„Die Führung der Republik hat keinerlei zusätzlichen Erlass in dieser Richtung herausgegeben. Alle Versuche, Pseudoerlasse des Oberhaupts der DVR zu verbreiten, sind Fakes und haben ausschließlich provokativen Charakter“, fasste die Administration zusammen.

de.sputniknews.com: Nach 81 Jahren: Kasachstan verabschiedet sich definitiv vom Kyrillischen

Nach 81 Jahren hat sich Kasachstan nun endgültig von der russischen (kyrillischen) Schrift verabschiedet. Der Präsident der früheren Sowjetrepublik, Nursultan Nasarbajew, setzte am Dienstag eine neue Version des kasachischen Alphabets in Kraft, das auf lateinischen Buchstaben basiert.

Dies teilte der Pressedienst des kasachischen Staatsoberhauptes mit.

Im Oktober 2017 hatte Nasarbajew angeordnet, dass bis 2025 ein allmählicher Übergang des kasachischen Alphabets zur lateinischen Schreibweise erfolgen soll. Zeitgleich war das aus 32 Buchstaben bestehende kasachische Alphabet in lateinischer Schreibweise gebilligt worden, jedoch enthielt die Variante zahlreiche Apostrophe. Nach Ansicht vieler Spezialisten und einfacher Bürger wurden dadurch das Lesen und das Schreiben erschwert.

Das vom Präsidenten genehmigte neue Alphabet besteht ebenfalls aus 32 Buchstaben. Es enthält keine Apostrophe, dafür wurden neue diakritische Zeichen und Ligaturen eingeführt (sh, ch).

Zurzeit setzt sich das kasachische Alphabet in kyrillischer Schreibweise aus 42 Buchstaben zusammen.

Nasarbajew hatte früher unterstrichen, die Umstellung der kasachischen Sprache auf Lateinisch „verletze auf keinen Fall die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung, der russischen Sprache und anderer Sprachen“.

Zuvor war berichtet worden, es sei geplant, im Zeitraum von 2021 bis 2023 zu beginnen, Pässe, Personalausweise und andere Dokumente in der lateinischen Schreibweise zu drucken. Für die Zeitperiode von 2024 bis 2025 sei ein allmählicher Übergang der Büroarbeit der lokalen Behörden, der staatlichen Medien und der Druckschriften zur lateinischen Schreibweise vorgesehen.

Die kasachische Sprache hatte erst im 18. Jahrhundert eine eigene Schriftsprache erhalten – auf Basis der arabischen Schrift. Nach dem Entstehen der Sowjetunion wurde im Jahr 1926 für die im Land lebenden Kasachen ein lateinisches Alphabet entwickelt, das dann aber – wie für alle Turksprachen auf dem Gebiet der Sowjetunion – im Jahr 1937 durch ein auf dem Kyrillischen basierendes Alphabet ersetzt wurde, das in Kasachstan bis heute genutzt wird. 1998 wurde dann aus Kostengründen ein für die kasachische und die kirgisische Sprache gleich entwickeltes Alphabet in lateinischer Schreibweise vorgestellt, das aber noch nicht als offizielles Alphabet eingeführt wurde. Bislang nutzt es die kasachische Nachrichtenagentur Kazinform parallel zur kyrillischen Schreibweise.

Dan-news.info: Mitglieder der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ haben im Rahmen des Projekts „Helden“ zum Tag des Verteidigers des Vaterlands Süßigkeiten für die Soldaten an der Front gesammelt und übergeben. Dies teilte die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees von DR Natalja Wolkowa mit.

„Im Rahmen unseres Projekts „Helden“ übergeben wir unseren Verteidigern Päckchen an die Front. Diese Aktion läuft zum Tag des Verteidigers des Vaterlands und an diesem Tag möchten wir sie mit unseren Päckchen unterstützen. An der Aktion haben Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ teilgenommen“, sagte Wolkowa. Bisher wurden 500 kg Geschenke übergeben. Insgesamt werden die Aktivisten zum Tag des Verteidigers des Vaterlands etwa 4 Tonnen Süßigkeiten, Gebäck, Tee und Kaffee an die Front geben.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/02/dan-news.info-2018-02-20\\_07-36-04\\_800399-----4-1024x683.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/02/dan-news.info-2018-02-20_07-36-04_800399-----4-1024x683.jpg)

de.sputniknews.com: Dopingverdacht: Nahm russischer Curler Meldonium gegen Kater ein? Nach dem Doping-Vorwurf gegen den russischen Curler Alexander Kruschelnizki, der im Mixed-Double bei den Olympischen Spielen in Pyeongchang Bronze gewonnen hat, schlägt ein Journalist drei Versionen vor, wie der verbotene Arzneistoff Meldonium in den Körper des Sportlers gelangen konnte.

„Die erste Version geht von einer Provokation aus. Jemand konnte Alexander Kruschelnizki den Stoff unterjubeln, beispielweise in der Kantine im olympischen Dorf“, schreibt Anton Wernizki, Journalist des Fernsehsenders Perwy Kanal, auf der Webseite des Senders. Das sei jedoch sehr unwahrscheinlich, weil man nicht sicher sein könne, dass nicht ein anderer Sportler den Teller oder das Glas mit Meldonium nimmt.

Die zweite Möglichkeit sei, dass der Curling-Spieler trotz der entschlossenen Unschuldsbezeugungen das auf der WADA-Dopingliste stehende Mittel selbst einnahm.

„Zuvor hat er Dutzende Tests gemacht, die sich immer als sauber herausgestellt haben. Und nun soll er ausgerechnet vor dem entscheidenden Spiel gedopt haben. Sieht wie Selbstmord aus. Wieso soll er das machen?!“

Die dritte Version basiert darauf, dass das Meldonium als Mittel gegen einen Kater eingenommen wurde.

„Bei Olympia wird gefeiert, niemand hat auf diesem Fest ein Alkoholverbot verkündet. Wer wird denn den Aufklebezettel eines Arzneimittels, das am nächsten Morgen helfen muss, genauer lesen?!“, schloss der Journalist.

Am 13. Februar hatten sich Alexander Kruschelnizki und seine Teampartnerin und Ehefrau Anastassija Brysgalowa im kleinen Finale des Mix-Wettbewerbs mit 8:4 gegen das Team aus Norwegen durchgesetzt und auf diese Weise mit Bronze die dritte russische Medaille bei den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang gesichert....





<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31951/76/319517636.jpg>

### nachmittags:

de.sputniknews.com: Sicherheitsrat Russlands warnt vor Einsatz von Google & Yahoo im öffentlichen Dienst.

Das Mitglied des russischen Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew hat vor den Gefahren gewarnt, die nach seiner Ansicht die Anwendung von Internet-Ressourcen wie Google und Yahoo im öffentlichen Dienst in sich bergen.

„Die Verwendung von außerhalb Russlands befindlichen Informations- und Kommunikationsressourcen wie Google, Yahoo und andere durch die regionalen Behörden und kommunalen Verwaltungen stellt nach wie vor eine ernsthafte Gefahr dar“, sagte Patruschew bei einer Sitzung des Sicherheitsrates in der Stadt Rostow-am-Don.

Dieses Problem habe einen systematischen Charakter für ganz Russland. Für den Föderationskreis Südrussland aber sei es besonders akut: Der Großteil der Informationsschutz-Maßnahmen hätte dort bislang einen „formalen Charakter“ gehabt. Der Betrieb von Informationssystemen müsse angesichts ihrer großen Anzahl zentralisiert kontrolliert werden, so Patruschew. Zu diesem Zweck solle in Südrussland ein einheitliches System für die Organisation und Kontrolle von Informationsschutz-Maßnahmen geschaffen werden.

armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt**. In den letzten 24 Stunden hat sich die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer vergrößert. Die größte Feueraktivität wurde in Richtung Mariupol von den Positionen der 36 Marineinfanteriebrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Deljatizkij festgestellt.

**In Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete der Ortschaften **Dokutschajewsk**,

**Alexandrowka, Staromichajlowka, des Abakumow-Bergwerks und den Petrowskij-Bezirk von Donzek** acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen und außerdem mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

**In Richtung Gorlowka** wurde das Gebiet von **Schirokaja Balka** beschossen, auf das der Gegner zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abschoss und außerdem mit Granatwerfern und Schusswaffen feuerte.

**In Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **Sachanka, Kominternowo, Nowolaspa** beschossen, auf die der Gegner 18 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abschoss. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Gestern gegen 20 Uhr wurde im Ergebnis eines Mörserbeschusses des Gegner auf Kominternowo ein Haus in der Kirow-Straße 86 teilweise zerstört. Zum Glück konnten Opfer unter der friedlichen Bevölkerung vermieden werden.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden elf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Der Gegner konzentriert weiter Angriffsgruppierungen in der Zone der sogenannten „ATO“. Waffen, Militärtechnik, Munition, Treibstoff und Lebensmittel werden verdeckt verlagert.

Im Gebiet von Jelisawetowka im Bezirk Marjinka wurde die Ankunft einer Haubitzenartillerieabteilung zur Verstärkung der 30. mechanisierten Brigade bemerkt.

Im Gebiet von Krasnoarmejsk wurde die Ankunft von Panzern, Artillerie und Personal bemerkt. In Kalinowo sind Fahrzeugkolonnen mit Munition und Treibstoff eingetroffen.

Außerdem bemerkt unsere Aufklärung die Ankunft von Vertretern Großbritanniens in der „ATO“-Zone, die dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte militärische Unterstützung bei der Vorbereitung von Angriffsaktivitäten im Donbass leisten. Bis dahin war uns bekannt, dass bei der Vorbereitung von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf eine Aggression gegen unsere Republiken **Militärspezialisten aus den USA** herangezogen werden. Jetzt wissen wir, dass sich ihnen auch **britische Berater** angeschlossen haben. Leider demonstriert diese Tatsache die doppelten Standards der Politik dieser Staaten und verweist auch auf ihr direktes Interesse an der Entfaltung von Kämpfen gegen die Bevölkerung des Donbass auf dem Territorium der Ukraine.

Über die Zunahme der Materiallieferungen ist man in den rückwärtigen Diensten der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte unsäglich froh. Diebstahl und ungesetzlicher Verkauf sind zu einer gewöhnlichen Sache und zum Hauptmittel für einen Hinzuverdienst für alle Kommandeure der ukrainischen Einheiten und Leiter von Versorgungsdiensten geworden. In der 24. und 30. mechanisierten Brigade wurden Fälle von Lieferungen qualitativ minderwertiger Lebensmittel und verdünntem Treibstoff bemerkt worden. Im Zusammenhang mit der nicht zufriedenstellenden Versorgung der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte durch den rückwärtigen Dienst, was sich auf die Gefechtsbereitschaft des Personals und der Militärtechnik äußerst negativ auswirkt, führt eine Kommission aus dem Stab der „ATO“ prophylaktische Maßnahmen zur Vermeidung von Lieferungen qualitativ minderwertiger Lebensmittel in die untergeordneten Verbände und Truppenteile durch.

de.sputniknews.com: Außenamt: Dutzende Russen und GUS-Bürger bei Gefecht in Syrien verletzt

Das russische Außenministerium hat bestätigt, dass "Dutzende" Staatsbürger Russlands und anderer GUS-Staaten bei einem Gefecht in Syrien zum Teil tödlich verletzt worden sind. Die Behörde betonte, dass es sich bei ihnen um keinerlei russische Armeeangehörige handelt. An dem besagten Gefecht, das vor kurzer Zeit stattgefunden habe, seien weder Angehörige noch Technik der russischen Streitkräfte beteiligt gewesen, teilte das Moskauer Außenamt am Montag mit.

„Bei dem Gefecht wurden Bürger Russlands und der GUS getötet und mehrere Dutzende verletzt.“ Die Verletzten Russen würden in Krankenhäusern in der Heimat behandelt.

„In Syrien halten sich russische Bürger auf, die auf eigene Faust und zu verschiedenen Zwecken hingefahren sind. Es ist nicht die Aufgabe des Außenministeriums, die Rechtmäßigkeit ihrer Entscheidung zu beurteilen.“

Medien hatten in der vergangenen Woche von mehreren Hundert getöteten Russen in Syrien berichtet. Moskau wies diese Berichte als falsch zurück.

Dnr-online.ru: Die gesellschaftliche Organisation „Fonds einiger Donbass“ unterstützt gemeinsam mit anderen Beteiligten am humanitären Programm zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass Einwohner des Donbass. Darüber berichtete heute auf einer Pressekonferenz in Donezk der Leiter des Fonds Oleg Balykin.

„Schon seit einigen Jahren wird das Dorf Pawlopol, Wolnowacha-Bezirk, das von der Ukraine kontrolliert wird, mit Gas aus der DVR versorgt. Um unsere Landsleute maximal zu unterstützen, hat die Führung der Republik die Entscheidung getroffen, die Gaslieferungen in das Dorf nicht zu beschränken. Der Vorteil bei der Zahlung für die Gasversorgung der Republik sind für die Einwohner von Pawlopol im Vergleich zu den ukrainischen Tarifen erheblich. Ein Kubikmeter ukrainisches Gas kostet umgerechnet in Rubel 13,92. Da sie Gas aus der DVR erhalten, zahlen die Einwohnern des Dorfes 2,48 Rubel pro Kubikmeter. In dieser Situation wie auch in vielen anderen ist für uns die Lösung der Probleme der Einwohner des gesamten Donbass vorrangig, weil wir die Menschen in „unsere“ und „fremde“ einteilen. Wir können nicht die im Stich lassen, die am 11. Mai 2014 die Republik unterstützt haben“, sagte Balykin.

de.sputniknews.com: Lawrow: Kurden-Problem nicht für Zerstörung Syriens missbrauchen Die Sicherheitsinteressen der Türkei können durch einen direkten Dialog mit Damaskus umgesetzt werden. Diese Auffassung hat der russische Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag geäußert. Zudem warnte er vor dem Missbrauch des Kurden-Problems zum Zwecke der Zerkleinerung und Zerstörung der Staaten der Region.

„Ich bin überzeugt, dass rechtmäßige Interessen der türkischen Sicherheit durchaus durch einen direkten Dialog mit der Regierung der Arabischen Republik Syrien umgesetzt und befriedigt werden können“, sagte er bei einer Pressekonferenz in Moskau.

„Ich hoffe sehr, dass wir alle kräftig gegen weitere Versuche auftreten werden, das Kurden-Problem aufzublähen in den Interessen, die eigentlich darin bestehen, das Chaos in der Region aufrechtzuerhalten und zu vertiefen sowie die Staaten der Region zu zerkleinern und zu zerstören“, betonte der Außenminister.

Mil-lnr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**, in den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Gleichzeitig führt das ukrainische Kommando weiter eine Umgruppierung von Einheiten entlang der Kontaktlinie durch. Es wurde festgestellt, dass der Gegner etwa 30 nationalistische Kämpfer in das Gebiet von Troizkoje verlegt hat. In diesem Gebiet wurde auch die Anwesenheit ausländischer Instrukteure aus Kanada bemerkt.

Außerdem hat in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der „ATO“-Zone befinden, die Übergabe von Nachtsichtgeräten des Typs AN/PVS-14 US-amerikanischer Produktion begonnen. Nach unseren Informationen wurde nach der Ausgabe der neuen Ausrüstung am 16. Februar im Gebiet von Krymskoje die Ankunft von zwei Aufklärungsgruppen der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte mit 30 Mann, darunter 6 Scharfschützen, bemerkt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in der nächsten Zeit die Erkundungs- und Diversions- sowie Scharfschützertätigkeiten im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte aktiviert werden.

Im Zusammenhang mit den nicht endenden Provokationen durch die Einheiten der 54. Brigade am „Swetlodarsker Bogen“ ist der Panzertechnikpark der Brigade der ukrainischen Streitkräfte als nicht zufriedenstellend zu beurteilen. Es wurden Unterbrechungen in der Treibstofflieferung entdeckt, obwohl es in den Einheiten zu diesem Zeitpunkt kritisch geringe Treibstoffvorräte gab. Der Treibstoff wird weiterverkauft, um warme Kleidung, Essen und Alkohol zu kaufen.

Außerdem bestätigt sich die nicht zufriedenstellende Versorgung der Einheiten des genannten Verbands mit materiellen Mitteln. Hauptsächlich werden die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte durch Freiwilligenorganisationen mit allem notwendigen versorgt.

Diese Fakten bestätigen ein weiteres Mal die nicht zufriedenstellende Versorgung des Personal der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone.

Die Einheiten der Volksmiliz führen weiter planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung der Einheiten durch. Mit den Einheiten werden regelmäßige Übungen zur Erreichung verschiedener Ausbildungsgrade durchgeführt.

Außerdem führen Soldaten der Personalabteilung der Volksmiliz der LVR systematisch Unterrichtsstunden zur patriotischen Erziehung der heranwachsenden Generation unserer Republik durch.

*Frage: Auf dem von der Ukraine besetzten Territorium des Lugansker Lands haben die Behörden eine breitangelegte, planmäßige Fahndung nach Personen, die sich dem Militärdienst entziehen, ausgerufen. Ist das aus Ihrer Sicht mit der Absicht der ukrainischen Streitkräfte verbunden, die Zahl der Truppen auf Kosten unserer Landsleute, die auf den besetzten Territorium leben, zu vergrößern, um sie dann an der Front für einen Angriff zu verwenden?*

Antwort: Das Problem der Ausstattung der Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte war immer aktuell. Wie auch die ukrainische Propaganda aktiv ist, bei den Einwohnern des besetzten Territoriums hat sich die Auffassung nicht geändert. Niemand will verbrecherische Befehle der Kiewer Führung ausführen, friedliche Bürger, sogar Landsleute, töten. Planmäßige sogenannte Razzien werden schon lange genutzt, aber sie sind wenig effektiv, weil ein zwangsweise Mobilisierter bei der ersten Gelegenheit als vernünftig denkender Menschen den Truppenteil verlässt...

*Frage: Es wurde ein neuer Zeitpunkt für die Trennung von Kräften und Mitteln in Gebiet von Staniza Luganskaja genannt, der 22. Februar. Lässt sich dieses Datum bestätigen? Wurden in den letzten 7 Tagen Verletzungen des Regimes der Feueinstellung an diesem Abschnitt festgestellt? Sind die Bedingungen für diesen Prozess von beiden Seiten eingehalten?*

Antwort: Bisher will Kiew seine Verpflichtungen hartnäckig nicht einhalten. Wir haben mehrfach in dieser Frage Initiative gezeigt. Aber eine Reaktion von Seiten der Ukraine gibt es nicht. Beschüsse werden an diesem Abschnitt schon seit langer Zeit nicht festgestellt, was auch die Vertreter der OSZE-Mission bestätigen. Die Bedingungen für einen Beginn des Abzugsprozesses sind vorhanden, aber das bedeutet nicht, dass die Regierung der Ukraine die übernommenen Verpflichtungen erfüllen wird. Wir sind immer bereit, unsere Kräfte und Mittel am Abschnitt Nr. 1 abzuziehen, aber nur spiegelbildlich.

de.sputniknews.com: Kurden-Sprecher: Syrische Regierungsarmee in Afrin einmarschiert  
Die syrische Regierungsarmee ist nach Sputnik-Informationen am Dienstag doch in die Kurdenenklave Afrin eingerückt, in der die Türkei eine Militäroffensive durchführt.

„Die syrische Regierungsarmee ist in Afrin eingerückt, um die Stadt gegen die türkischen Truppen und die FSA-Kämpfer zu verteidigen“, bestätigte Brusk Haseke, Sprecher der Kurdenmiliz YPG, in einem Gespräch mit Sputnik.

Zur zahlenmäßigen Stärke der einmarschierten syrischen Truppen wollte Haseke keine Angaben machen: „Das ist Militäргеheimnis.“

Eine Bestätigung seitens der syrischen Regierung liegt nicht vor. Laut weiteren Medienberichten hat die Türkei Afrin nach dem Einmarsch syrischer Regierungskräfte bombardiert.

Am Montag hatte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu Syrien davor gewarnt, sich auf die Seite der Kurdenmiliz YPG zu stellen.

Die von den USA unterstützte YPG gilt in der Türkei als terroristische Organisation. Die türkische Armee hatte am 20. Januar die Militäroperation „Olivenzweig“ gegen die Stellungen der Kurdenmiliz YPG in der syrischen Region Afrin gestartet.

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK:

Heute, am 20. Februar, fand in Donezk ein Treffen des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko, des bevollmächtigten Vertreters der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk Denis Puschilin und dem Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit dem stellvertretenden Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug statt, teilt die Vertreter der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit. Im Rahmen des Treffens wurden Fragen der Sicherheit sowie die humanitäre Situation, die auf dem Territorium des Donbass unter Bedingungen eines militärischen Konflikts entstanden sind, erörtert.

Alexandr Sachartschenko unterstrich, dass die DVR daran interessiert ist, dass die OZSE-Mission sich ungefährdet auf dem Territorium der Republik aufhalten kann und weiter die notwendigen Bedingungen für ein effektives Monitoring der Lage gewährleisten wird.

de.sputniknews.com: „Aufrüstung gegen Russland“: Worüber deutsche Leitmedien nicht mehr lügen

Das politische Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ist angespannt, keine Frage. Das militärische ist es umso mehr. Dennoch hielten westliche Medien lange Zeit an einer Grundeinstellung fest: Die Rüstungsmaschinerie der Nato sei nicht „gegen Russland“ gerichtet – so der Grundtenor der Leitmedien früher. Das hat sich nun grundlegend geändert. Die Nato-Kriegsmaschinerie ist in ihrem Maßstab mit keinem Staat der Welt vergleichbar. Laut dem Statistikportal statista.com gab die Militärallianz im Jahr 2016 unvorstellbare 921 Milliarden US-Dollar für ihre Streitkräfte aus. Russland kam im gleichen Jahr auf 70 Milliarden – das wären gerade mal sieben Prozent der Ausgaben des Westens.

Umso bemerkenswerter ist es, dass zahlreiche Nato-Staaten sich von Moskau bedroht fühlen und die russische Außenpolitik als eine Begründung für die weitere Erhöhung ihrer Militärbudgets präsentieren.

Dennoch galt lange Zeit bei westlichen und gerade auch bei den deutschen Medien eine Formel: Der Westen rüste wegen der gefährlichen internationalen Sicherheitslage, und um sich selbst abzusichern – sozusagen „wegen“, aber keineswegs „gegen“ Russland.

Mit allen Mitteln sollte der Anschein vermieden werden, dass die US-geführte Allianz gezielt gegen den russischen Staat in Waffen investiert oder gar einen Militärfeldzug plant. Einige

Ausreißer kamen immer mal wieder auf, blieben aber eher Ausnahmen. Dies hat sich nun radikal geändert. Und es lässt an der „friedfertigen“ Aufrüstung des Westens „nur zum Zwecke der Selbstverteidigung“ erheblich zweifeln. Wie grundlegend sich diese Grundeinstellung geändert hat, zeigt ein Blick in die deutschen Nachrichtenblätter. Wie eins übernehmen nun deutsche Leitmedien, darunter auch das ZDF, das Handelsblatt oder etwa die Deutsche Welle, die Formulierung der Deutschen Presse-Agentur (dpa), die Aufrüstung der Nato geschehe explizit „gegen Russland“.

„Im Zuge der Aufrüstung der NATO gegen Russland wird die Bundeswehr ein neues Kommandozentrum (...) aufbauen“, heißt es in den großen deutschen Medienanstalten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31963/48/319634896.jpg>

Dan-news.info: Drei Programme zur Verbesserung der ökologischen Situation auf dem Territorium der DVR sind für einen Zeitraum von drei Jahren von Spezialisten der Republik ausgearbeitet worden. Dies teilte heute bei einem Runden Tisch im Botanischen Garten von Donezk der Vorsitzende des staatlichen Komitees zu Ökologiepolitik und Naturressourcen beim Oberhaupt der DVR Roman Kischkan mit.

„Von Prioritäten ausgehend schlagen wir für die nächsten drei Jahre drei zielgerichtete ökologische Programme vor – die Gewährleistung einer ökologische sicheren Arbeit der großen Umweltverschmutzer, die Weiterverarbeitung von industriellen und kommunalen Abfällen und den Schutz der Natur“, sagte Kischkan.

Er erläuterte, dass die vorgeschlagenen Programme die Lösung ökologischer Fragen in großen Industrieunternehmen sowie die Einführung einer Kontrolle des Grundwassers aus der Ferne sowie den Bau einer Müllweiterverarbeitungsanlage und die Schaffung von staatlichen Unternehmen zum Schutz von Natur und Fauna vorsehen.

de.sputniknews.com: **„Nicht schießen! Wir sind welche von euch“: Was Kiew in puncto Maidan verschweigt**

Unbekannte Scharfschützen haben am 20. Februar 2014 Menschen auf dem Kiewer Maidan-Platz beschossen – Demonstranten wie Polizeikräfte. Ausschreitungen und gewaltsamer Machtwechsel folgten. Heute steht die Spezialeinheit Berkut vor Gericht. Den Einsatzkräften wird vorgeworfen, damals geschossen zu haben. Ein Bericht von Anwälten und Augenzeugen. Die junge Dichterin Jewgenia Biltschenko war eine der ersten auf dem Maidan. Vom ersten bis zum letzten Tag war sie beim Protest dabei – von bedingungsloser Zustimmung und Begeisterung bis völliger Fassungslosigkeit: Schrittweise änderte sich Jewgenias Einstellung

gegenüber dem, was um sie herum passierte. Was sich damals noch änderte, war die Zusammensetzung der Protestierenden auf dem Maidan.

„Wer war alles mit dabei? Studenten. Nicht in der Mehrheit, aber sie gab es. Das war am Anfang, im November-Dezember. Im Januar tauchten die Prolls auf. Irgendwelche Typen mit Ketten“, erzählt Jewgenia. „Was bezeichnend war: Ich hatte einen Rucksack mit dem Aufnäher ‚I love Russia‘. Bis Januar hatte das niemanden gestört. Was ist schon dabei – da ist halt jemand, der Russland liebt und auf dem Maidan ist. Ab Januar fielen mir aber diese bissigen, komischen Blicke auf. Nicht, dass jemand meine Hilfe ausgeschlagen hätte. Wer will es sich schon mit einem Menschen verscherzen, der Essen ausgibt. Aber Abneigung war deutlich zu spüren.“

Damals, im Januar ging Jewgenia mit einer Freundin ins Kiewer Rathaus, das bereits von den Maidan-Rebellen besetzt worden war. Eine Fotoreportage wollten die jungen Frauen machen, über die hellauf begeisterten friedlichen Demonstranten.

„Alles lief wie immer, um uns herum waren Gesichter, die wir gewohnt waren. In einem der Gänge versperrte man uns aber den Weg: ‚Halt, ihr dürft nicht weiter!‘ – ‚Warum nicht?‘ – ‚Darum nicht‘. Das hat mich sehr gewundert damals.“

Anfangs, da hätten die Demonstranten die Radikalen und die Politaktivisten noch gemieden, dann aber sei alles durcheinandergeraten. Nur sei es damals im Januar noch nicht zu sehen gewesen, dass die Fronten sich verhärten, erinnert sich Jewgenia.

„Da ist die Geschichte eines Studenten, die fast schon melodramatisch anmutet: Er hatte einen verletzten Berkut-Polizisten verbunden. Als der wieder zu sich kam, fragte er erstmal ‚Brüderchen, was ist hier nur los?‘ Dann wurden die Studenten auseinandergetrieben, die Zusammenstöße nahmen zu“, sagt Jewgenia.

Dass die ukrainische Polizei die Demonstranten am 30. November auseinandergetrieben hatte, beschrieben ukrainische Medien als „Erschlagen von Kindern“.

**„Haut ab von hier. Hier wird's richtig schlimm.“**

Am 19. Februar, dem Tag vor dem blutigen Höhepunkt des Maidan-Dramas, fing das Kiewer Gewerkschaftshaus Feuer, wo sich der Stab der Demonstranten befand. Sie beschuldigten sogleich die Einsatzkräfte, das Haus in Brand gesteckt zu haben, angeblich um die Protestierenden auf diese Weise aus dem Gebäude zu treiben. Laut den Unterlagen des ukrainischen Katastrophenschutzes aber waren es gerade die Kämpfer der selbsternannten Maidan-Verteidigung, die die Löschfahrzeuge der Feuerwehr daran hinderten, an das lodernde Haus heranzufahren.

„Eine Stunde vor dem Brand tauchte Vitali Klitschko, der heutige Bürgermeister von Kiew, in dem Gewerkschaftshaus auf. Er rief uns kumpelhaft zu: ‚Mädels, haut ab von hier. Hier wird's gleich richtig schlimm.‘ Woher wusste er, dass in dem Haus in einer Stunde die Hölle los sein wird?“ wundert sich Jewgenia.

Eine Studentin, die mit Jewgenia zusammen auf den Maidan gekommen war, sich dann aber dem Rechten Sektor angeschlossen hatte, vertraute ihr am 20. Februar an, dass die Demonstranten Schusswaffen hätten. „Sie sagte das mit triumphierendem Unterton, als ob etwas Großes anstünde“, erinnert sich Jewgenia.

Bald trat die Ernüchterung ein, als die Maidan-Aktivisten, die dort auf dem Platz monatelang ausgeharrt hatten, vertrieben wurden. Die berühmte Aktivistin Maria Berlinskaja schrieb damals im Internet: „Auf dem Maidan teilen Diejenigen die Macht unter sich auf, die nie dort gewesen sind.“

Viele Maidan-Teilnehmer sind daran innerlich zerbrochen. Sie haben gesehen, dass sie aufs Zynischste benutzt wurden. „Danach gab es nur zwei Wege: Entweder zum Anti-Maidan oder als Freiwilliger der Kiewer Truppen in die Ostukraine. In der Ukraine, die nach dem Maidan entstanden war, gab es für die Rebellen vom Maidan keinen Platz. „Unbewusst kriegen sie es auch selber mit. Sie verstehen, dass die Machthaber sie am liebsten entsorgen würden. Nicht alle können sich das eingestehen. Die Protestromantiker verhalten sich so, als würden sie den

Tod geradezu herbeisehnen, wie Selbstmörder“, so Jewgenia.

Vielen der Menschen, die gegen die Regierung Janukowitschs auf die Straße gegangen waren, war von vornherein die Opferrolle zugeordnet. Die Drehbuchautoren dieses Spektakels mit dem Titel „Maidan“ hatten die Statisten und die Zuschauer nach allen Regeln der Kunst ausgesucht. Der erste Held der „Himmlichen Hundertschaften“ war Sergej Nigojan. Im Dezember tauchte ein Video mit ihm auf: „Ein junger Mann von biblischem Aussehen rezitiert einen ukrainischen Klassiker vor den Barrikaden auf dem Maidan. Ein Märtyrer. Fertig ist die Protestikone. Dass er ein Todgeweihter war, war klar. Im Januar wurde er erschossen, in der Gruschewski-Straße“, sagt Jewgenia.

### ***Einsatzkräfte mit Ketten attackiert***

Der Menschenrechtler Alexander Goroschinski schildert die Ereignisse von damals so, wie Juristen das so machen: ohne Annahmen, Vermutungen oder Emotionen – was zählt sind die Tatbestände.

Am 29. November hatten die Kiewer Kommunalbetriebe angefangen, die Szene des Schauspiels (den Maidan-Platz) freizuräumen. Sie mussten einen Weihnachtsbaum dort aufstellen und zunächst einmal die dafür nötige Ausrüstung dort hinbringen. Die Einsatzkräfte von Berkut richteten eine Schneise für sie ein. Laut Zeugenaussagen und Polizeiberichten kamen in diesem Moment zwei Busse mit jungen, sportlichen Männern in der Sofijewskaja-Straße an (diese führt vom Nordwesten her direkt auf den Maidan). Sie bewarfen die Berkut-Kräfte mit Flaschen und brennenden Knüppeln. Auffällig ist auch, dass der Kiewer Rettungsdienst in jener Nacht hauptsächlich Polizeikräfte versorgen musste, wie aus Notruf-Aufnahmen hervorgeht.

„Wie kann man den Umstand erklären, dass angebliche Studenten Polizeibeamte körperlich verletzen konnten, die durch schwere Ausrüstung geschützt waren? Das können doch nur eigens trainierte und vorbereitete Männer getan haben. Der Konflikt ist also provoziert worden“, sagt der Anwalt Goroschinski.

Die Provokationen seien nach Zeitplan verlaufen. Kaum entspannte sich die Lage etwas, schlugen neue Konfliktherde auf, betont der Jurist: „Am 1. Dezember tauchen auf dem Maidan-Platz Radikale mit Ketten auf und schlagen auf die Polizei- und Sondereinsatzkräfte ein. In der Bankowaja-Straße wurden Polizisten mit einem Grader angefahren. Am 22. Januar wurde Sergej Nigojan getötet, am 18. Februar fielen Schüsse.“

„Am 18. Februar stellen die ukrainischen Spezialkräfte ‚Alpha‘ und ‚Omega‘ fest, dass sich Scharfschützen auf dem Gebäude des Konservatoriums sowie den Hotels ‚Ukraina‘ und ‚Dnepr‘ befinden. Während die Einsatzkräfte unter dem Ansturm der Aufrührer weichen, werden sie heftig beschossen. Am 19. Februar kommt es in den Gebieten Lwiw und Iwano-Frankiwsk zu massivem Waffenraub aus den Beständen. Juri Luzenko, der künftige Generalstaatsanwalt, erklärte damals: ‚Jetzt haben wir was, womit wir uns wehren können.‘ In frühen Morgenstunden des 20. Februar, zwischen 5 Uhr und 5 Uhr 30, wurden bei den Polizeikräften 42 Schussverletzungen registriert, drei davon tödlich. Die Leitung des Innenministeriums beschließt, die Einsatzkräfte auf sichere Entfernung abzuziehen, die Institutskaja-Straße hoch“, erklärt Goroschinski die damaligen Ereignisse.

Schussverletzungen erlitten Polizeibeamte wie Maidan-Aktivisten gleichermaßen. Die Polizisten starben nicht nur an Schusswunden. Manche von ihnen wurden buchstäblich totgeschlagen.

Jetzt stehen die Berkut-Männer vor Gericht. Doch die Videoaufnahmen der Februar-Unruhen werfen viele Fragen an die Ermittler auf. „Hier ist ein Video, auf dem die Aufrührer auf dem Maidan jemandem im Hotel ‚Ukaina‘ zurufen: ‚Nicht schießen. Wir sind welche von euch.‘ Eine Aktivistengruppe unter der Führung von Wladimir Parasjuk läuft ins Hotelgebäude mit dem Ausruf ‚Nicht schießen‘. Es gibt Aufnahmen, auf denen Scharfschützen aus dem Baltikum sich darauf vorbereiten, aus dem Rauminnen auf den Platz zu schießen. Der letzte auf dem Maidan Verstorbene wurde am 20. Februar in der Nähe des Oktober-Palastes getötet.“



Die Einsatzkräfte hatten sich zu dem Zeitpunkt bereits zurückgezogen. Der Bereich konnte aus dem Hotel ‚Ukraina‘ beschossen werden, das bereits von den Aktivisten kontrolliert wurde“, so der Jurist.

Von den 54 gerichtlichen Gutachten belegen 52 die Ansicht der Berkut-Anwälte von der Unschuld der Einsatzkräfte. Die anderen beiden Gutachten sind fehlerhaft. Den Polizeikräften werden unter anderem Tatbestände zur Last gelegt wie die Durchführung eines Terroranschlags und die vorsätzliche Ausführung eines strafbaren Befehls.

### **„Ukrainische Staatskasse reicht dafür nicht“**

In der Darstellung ukrainischer Medien und Behörden hat das Böse, das die „Himmlischen Hundertschaften“ angegriffen hat, ein Gesicht. Pawel Abroskin zum Beispiel, ehemaliges Mitglied der Berkut-Einheit. Am wenigsten haben sich die Medien für dessen Darstellung der Ereignisse interessiert, sagen Pawels Vater und Schwester.

Und Pawel ist keine Ausnahme: So geschieht es allen Verwandten jener Einsatzkräfte, die beschuldigt werden, auf Demonstranten geschossen zu haben. Die Schwester von Pawel, Jewgenia Abroskina, erzählt von dem Fall einer Mutter, deren Sohn bei Berkut eingesetzt war und auf dem Maidan gestorben ist. „Da ruft eine Zeitungsredaktion an und fragt: ‚Sind Sie die Mutter jenes Mannes, der auf dem Maidan getötet wurde?‘ – ‚Ja, ich bin die Mutter des getöteten Berkut-Polizisten‘ – ‚Ach so, Berkut. Na dann, Tschüss.‘“

„Anfangs haben wir noch versucht, Kontakt zu den Hinterbliebenen der Maidan-Opfer aufzunehmen. Wir dachten, sie wären daran interessiert, die Morde aufzuklären, zu erfahren, wer geschossen hatte“, sagte Pawels Vater Michail. „Aber außer dem materiellen Interesse kennen sie nichts. Man hat ihnen versprochen, uns zehn Millionen Hrywnja abzuknöpfen. Das ist alles, was sie interessiert.“

Die Hinterbliebenen der Maidan-Opfer fordern nämlich Schmerzensgeld und Schadensersatz. „Einer hat auf drei Millionen Hrywnja geklagt. Da fiel sogar dem Richter die Kinnlade runter: ‚Glauben Sie denn, dass die ukrainische Staatskasse dafür reicht?‘ Wenn sie auf dem Maidan für europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit demonstriert haben, warum wollen sie dann nicht, dass alles mit rechten Dingen zugeht?“ so Michail Abroskin.

Viele der Maidan-Opfer haben einen sehr interessanten Lebenslauf: „Einige haben Probleme mit dem Gesetz. 90 Prozent gehen keiner geregelten Arbeit nach. Woher ich das weiß? Das wird in den Gerichtssitzungen vorgelesen, nur in den Medien ist davon nicht viel zu hören. Die Meisten kommen aus schwierigen Verhältnissen, sind vorbestraft. Man lässt sie lieber außen vor, um das heilige Bild des Maidans nicht zu beflecken“, sagt Jewgenia, die Schwester von Pawel.

Auch andere Auffälligkeiten werden in den Medien nicht erwähnt. Pawels Vater Michail staunt: „Hinsichtlich der Zusammenstöße der Polizei mit den sogenannten Studenten, damals als ‚Erschlagung von Kindern‘ verschrien: Ich habe eine Liste von Personen bekommen, die bei den Ausschreitungen verletzt wurden und medizinisch versorgt werden mussten. Der Jüngste ist 28, der Älteste 63 Jahre alt! Das sollen Studenten sein? Und bei den Spezialkräften waren wirklich Jungs im Einsatz, 18-19 Jahre. Die wurden dann mit Traktoren niedergefahren.“

### **Maidans Geheimaktivisten**

Den Organisatoren des Maidans war völlig klar, wer dessen Aktivisten waren. Am 21. Februar 2014 wurde ein Gesetz verabschiedet, gemäß dem den Teilnehmern der Ausschreitungen ein Straferlass garantiert wurde. Zudem ist es verboten, Daten der Protestteilnehmer zu sammeln und zu speichern – bereits vorhandene Daten müssen gelöscht werden. Offensichtlich soll die Justiz an ihrer Arbeit gehindert werden. „Wenn wir jetzt ein Foto oder ein Video eines Demonstranten zeigen, der schießt, dann können wir dafür belangt werden“, sagt Jewgenia. Aber die Ermittler machen sich ohnehin nicht die größte Mühe, Beweise zu sammeln. „Der Chef-Sonderermittler der Generalstaatsanwaltschaft Sergej Gorbtsjuk – für alle Maidan-Fälle zuständig – sagt: ‚Wer auf die Berkut-Kräfte eingeschlagen hat, das waren Provokateure des

Innenministeriums'. Nehmen wir mal an, dass das stimmt. Aber dieselben Aktivisten mit denselben Ketten waren doch auch vor dem Rada-Gebäude im Oktober 2014, nach dem Maidan. Damals kam es nach der Verabschiedung des Lustrationsgesetzes zu Zusammenstößen mit der Nationalgarde. Das sind dieselben Gesichter, was aber offenbar niemanden stört“, so Jewgenia.

Die Familie des Berkut-Polizisten Pawel hat keine Angst, sich öffentlich zu den Auffälligkeiten in den Ermittlungen zu äußern. „Pawel stand auf der Seite des Gesetzes. Er beschützte das Gesetz. Was auf dem Maidan passierte, bezeichnete er als Fars und Komödie. Nur sind bei dieser Komödie leider Menschen ums Leben gekommen, die gesetzestreu lebten und an das Recht glaubten“, sagt Pawels Schwester.

Offenbar haben die tragischen Ereignisse vom Februar 2014 wirkliche Helden der Ukraine hervorgebracht. Nur sind sie nicht offiziell anerkannt, ihre Portraits werden nicht an die Hauswände gesprüht. Das sind Helden, die für die Wahrheit eintreten, auch wenn sie von allen Fernsehkanälen zu Verbrechern und Volksfeinden erklärt wurden.

### **„Man schlug auf alle ein: Demonstranten wie Polizisten“**

Der Kripo-Beamte Alexander wurde 2013 zur Verstärkung auf den Maidan geschickt: Es gab einfach nicht genug Spezialkräfte, um die Aufrührer im Zaum zu halten. „Wir waren im Stadtratsgebäude, als wir angegriffen wurden. Wir wurden mit Backsteinen beworfen, mit Reizgas besprüht. Wir waren unbewaffnet, aber wer hätte auch die Verantwortung auf sich genommen, Waffen einzusetzen? Erst am letzten Tag des Maidans wurden Waffen verteilt, als der Mob anfang, die Polizeiwachen zu stürmen, und die Chefs Angst kriegten, dass die Meute die Waffen in die Hände kriegt. Im Grunde hat man uns die Waffen zur Aufbewahrung ausgehändigt. Das Innenministerium wollte einfach die Verantwortung loswerden.“

Alexander sucht seine Worte sorgfältig aus. Offenbar hat sich eine Menge Wut über die damaligen Ereignisse angestaut.

„Als klar war, dass es vorbei ist, zogen wir uns über eine U-Bahn-Station zurück, weg von den Aktivisten. Da standen ein paar Einsatzkräfte einer paramilitärischen Sondereinheit. Sie hatten niemanden mehr, der ihnen den Befehl zum Rückzug hätte erteilen können. Deren Kommandeur war getötet worden“, sagt Alexander.

Laut offiziellen Angaben wurden im Zuge des Maidans zwei Offiziere der Sondereinsatztruppe „Tigr“ getötet.

Wer und von welcher Stellung aus damals geschossen hatte, hat Alexander bis heute nicht erfahren. Eines ist er sich sicher: Gezielt wurde sowohl auf Polizisten als auch auf Demonstranten. „Alle wurden beschossen, die Einsatzkräfte wie die Demonstranten. Bedauerlich ist das in jedem Fall. Die Leute vom Maidan tun einem leid. Manche von ihnen haben Geld bekommen. Die Jungs von Berkut oder den Sondereinsatztruppen tun einem auch leid. Die ganz besonders. Sie haben ihr Leben für den Staat hergegeben. Aber alle haben sich von ihnen losgesagt, haben sie im Stich gelassen, obwohl sie einfach nur ihren Auftrag erfüllten.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31963/24/319632403.jpg>

Dan-news.info: Pressekonferenz mit dem Vorsitzender der Fraktion der Linkspartei im Kreistag von Osnabrück, dem Leiter des Projekts „Volksdiplomatie“ Andreas Maurer: „Wir haben die Frage der Eröffnung einer Vertretung der DVR in der BRD mit dem Außenministerium der Republik erörtert und ich bin fest überzeugt, dass dies möglich ist. Wir werden es erörtern. In Tschechien, Frankreich und Italien gibt es solche Vertretungen. Natürlich ist das möglich“, sagte Maurer.

„Wir haben eine Anfrage im Bundestag gestellt und eine Antwort von Frau Merkel erhalten, welche Zahl von ukrainischen Soldaten wir Deutschen, meine Regierung, nach Deutschland zu Behandlung geholt haben. Offiziell wurde die Antwort gegeben – 73 ukrainische Soldaten sind zur medizinischen Behandlung in Deutschland“, sagte Maurer.

Nach seiner Meinung ist die BRD so zu einem unmittelbaren Beteiligten der Ereignisse im Donbass geworden. „Wir sind automatisch auch Beteiligte dieses Konflikts, dieser Situation“, sagte der Politiker.

Während er Konferenz übergab Andreas Maurer der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa eine Dokumentation mit den Anfragen von gesellschaftlichen Aktivisten und Politikern an die deutsche Regierung und deren Antworten.

de.sputniknews.com: Meldonium ins Essen gemischt? – Russischer Curling-Verband ermittelt  
Der russische Curling-Verband hat eine Sonderkommission zur Ermittlung der Dopingaffäre des russischen Curlers Alexander Kruschelnizki eingesetzt und sich an das russische Ermittlungskomitee gewandt. Die Behörde nimmt an, dem Sportler sei Meldonium ins Essen gemischt worden.

„Russlands Curling-Verband hat eine Kommission zur Ermittlung dieser Affäre ins Leben gerufen. Die Kommission hat dem Ermittlungskomitee der Russischen Föderation eine Erklärung geschickt, dass Unbekannte ein verbotenes Mittel in das Essen des Sportlers gemischt haben könnten, denn zehn von elf Doping-Proben, die der Sportler zuvor abgegeben hatte, waren sauber, und nur die letzte war positiv“, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite des Curling-Verbands.

Die Behörde werde außerdem eine Bitte an das Internationale Olympische Komitee, den Organisationsausschuss der Winterspiele in Pyeongchang sowie an die World Curling Federation schicken, Aufnahmen von Überwachungskameras im Olympischen Dorf für die Ermittlung vorzulegen.

Zuvor war mitgeteilt worden, die B-Probe von Kruschelnizki auf das verbotene Herzmedikament Meldonium sei positiv gewesen.

Am 13. Februar hatten sich Alexander Kruschelnizki und seine Teampartnerin und Ehefrau Anastasia Brysgalowa im kleinen Finale des Mix-Wettbewerbs mit 8:4 gegen das Team aus Norwegen durchgesetzt und sich damit eine Bronzemedaille bei den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang gesichert....

Ukrinform.ua: Erklärung des Außenministeriums zum 4. Jahrestag der russischen Aggression: Die am 20. Februar begonnene bewaffnete Aggression Russlands gegen die Ukraine hat zur Besetzung der Krim, zum Konflikt in den Regionen Donezk und Lugansk geführt. Die Aggression kostete mehr als 10.000 Menschen das Leben, rund 1,8 Millionen Menschen wurden vertrieben, heißt es in einer Erklärung des ukrainischen Außenministeriums anlässlich des vierten Jahrestages des Beginns der russischen Aggression.

In der Erklärung rief das Außenamt die Partner auf, „alle notwendigen Mittel anzuwenden, um die Eskalation des internationalen bewaffneten Konflikts, der durch die aggressive Politik des Kremls ausgelöst wurde, zu verhindern und die Russische Föderation zu zwingen, die Aggression, die Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung der terroristischen Handlungen zu stoppen, eine Friedensmission der UNO einzusetzen, die Besetzung der Krim und der Gebiete des ukrainischen Donbass zu beenden und den erlittenen Schaden zu ersetzen.“

Dem Außenministerium zufolge müsse die im gesamten Konfliktgebiet im Donbass, auch in der Nähe der ukrainische-russischen Grenze, stationierte Friedensmission der UNO ein wirksames Werkzeug für die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine werden.

Das Außenministerium kritisierte in der Erklärung die Menschenrechtsverletzungen auf der Krim sowie in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk. Dutzende Staatsangehörige der Ukraine seien vom Besatzer als Geiseln genommen und in Russland in den besetzten Gebieten inhaftiert worden.

Das ukrainische Außenamt bedankte sich bei internationalen Partnern für ihre Position für die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine.

## **Abends:**

novorosinform.org: Der Präsident der Ukraine Poroschenko und die deutsche Bundeskanzlerin Merkel haben ein Telefongespräch über die Wiederaufnahme der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination des Waffenstillstands im Donbass geführt. Dies wurde vom Pressedienst des Präsidenten der Ukraine mitgeteilt.

Es wird berichtet, dass Poroschenko und Merkel mehrere Probleme bezüglich der Situation im Donbass besprochen haben. Das Hauptthema sei die Wiederaufnahme der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums gewesen, nachdem die russischen Offiziere es durch Verschulden der ukrainischen Seite verlassen hatten.

Darüber hinaus diskutierten der Präsident der Ukraine und die deutsche Bundeskanzlerin den Einsatz von UN-Friedenstruppen im Donbass. Viel Zeit wurde auch der Frage des Austauschs von Gefangenen unter ukrainischen Soldaten und der Milizen des Donbass gewidmet.

Darüber hinaus haben Poroschenko und Merkel sich Zeit genommen, um das Zusammenwirken der Länder im "Normannischen Format" und die Probleme bei der Umsetzung von Reformen in der Ukraine zu diskutieren, fügte der Pressedienst hinzu.

dan-news.info: Das Gesetz über die „Reintegration“ wird die Führer der Ukraine nicht vor der Strafe für den Genozid am Volk des Donbass bewahren – Puschilin

Das Gesetz über die „Reintegration“ des Donbass, unterzeichnet vom Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko, wird die Führer der Ukraine nicht vor der Bestrafung für die Gewalt gegen die friedliche Bevölkerung der Region retten. Das gab heute der Leiter der Delegation der Volksrepublik Donezk in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin bekannt.

„Das vom ukrainischen Präsidenten unterzeichnete Gesetz über die ‚Reintegration‘, das unter Verletzung der geltenden Gesetzgebung der Ukraine und internationaler Konventionen angenommen wurde, ist nur ein verspäteter Versuch, die Gewalt, die offen gegen die Einwohner der Republik angewandt wird, zu legalisieren“, sagte er.

Puschilin betonte, dass das Dokument Kiew die volle Autorität gibt, reguläre Truppen einzusetzen, „aber es wird nicht im Stande sein, die Führung der Ukraine in der Person von Poroschenko und Turtschinow von der Strafe für den Völkermord am Volk des Donbass und die Übertretung aller möglichen Gesetze zu retten.“ ...

Dem ist hinzuzufügen, dass heute der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko das Gesetz "Über die Besonderheiten der Staatspolitik zur Sicherung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die zeitweilig besetzten Territorien in Oblaste von Donetsk und Lugansk" - das so genannte Gesetz der „Reintegration“ des Donbass, unterzeichnet hat. Bereits am 18. Januar hatte die Werchnowna Rada der Ukraine es in der Endlesung angenommen. 280 Abgeordnete haben für die Annahme des Dokuments gestimmt.

Nach dem Gesetz werden die Territorien des Donbass als „besetzt“ und Russland als „Aggressorland“ bezeichnet. Gleichzeitig bedeutet „Reintegration“ nach Ansicht der Mehrheit der Juristen im Wesentlichen die legislative Zustimmung zur Nutzung einer Reihe von Gewaltmaßnahmen in der Region zur Lösung des Konflikts, was wiederum direkt den Minsker Vereinbarungen widerspricht, deren Zweck eine friedliche Regelung ist.